

Umweltstrafrecht

von
Prof. Dr. Frank Saliger

1. Auflage

Umweltstrafrecht – Saliger

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Nebenstrafrecht

Verlag Franz Vahlen München 2012

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4174 1

genstände, die noch ursprünglich benutzt werden, ebenso wenig Zwangsabfall sein können¹³⁸ wie Gegenstände, die unmittelbar als Gesamtsache einen neuen Verwendungszweck erhalten.¹³⁹ Zum anderen steht wie beim subjektiven Abfall der Einstufung als objektiver Abfall nicht entgegen der bloße Wille des Abfallbesitzers, die Sache als Wirtschaftsgut zu verwenden, oder die theoretische Möglichkeit einer Wiederverwendung oder Verwertung, da sonst die nie auszuschließenden Möglichkeiten eines Recycling den objektiven Abfallbegriff aushöhlen würden.¹⁴⁰ Indiz (nicht zwingendes Kriterium) gegen Abfall ist das Bestehen eines Marktpreises, während umgekehrt fehlende **Marktgängigkeit** auf eine objektive Abfalleigenschaft hinweist.¹⁴¹

Beispiel: Wird ein **Autowrack** (= ein nicht mehr fahrbereites Kfz, das ohne unwirtschaftlichen Reparaturaufwand nicht mehr fahrbar gemacht werden und auch keinem anderen wirtschaftlichen Zweck als der reinen Materialverwertung dienen kann) am Straßenrand abgestellt, so wird Wertlosigkeit dann anzunehmen sein, wenn es zwar regelmäßig noch einen gewissen Materialwert besitzt, aber jedenfalls als Ganzes gemäß seiner ursprünglichen Funktion nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden kann.¹⁴² Anders ist es, wenn ein **Oldtimerfahrzeug** noch als Ganzes erhalten und funktionstüchtig ist und seine Zweckbestimmung als Fahrzeug behalten soll. Es ist dann nicht als entsorgungspflichtiger Abfall zu behandeln, selbst wenn die Kosten der Wiederherstellung den Gebrauchswert übersteigen.¹⁴³ Der Gedanke der Wirtschaftlichkeit der Wiederherstellung tritt insoweit in den Hintergrund.

(b) Eignung der Sache zur Allgemeinwohlgefährdung. Zweitens muss die Sache 298 (→ Rn. 277) aufgrund ihres konkreten Zustands geeignet sein, gegenwärtig oder künftig das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere die Umwelt zu gefährden. Dabei ist auf die in § 15 II 2 Nr. 1–6 KrWG nicht abschließend aufgezählten Schutzgüter zu rekurrieren.¹⁴⁴ Danach liegt eine Beeinträchtigung des Allgemeinwohls durch Abfall vor, wenn die Gesundheit des Menschen beeinträchtigt (Nr. 1), Tiere und Pflanzen gefährdet (Nr. 2), Gewässer und Boden schädlich beeinflusst (Nr. 3), schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen oder Lärm herbeigeführt (Nr. 4), die Belange der Raumordnung, Landesplanung, des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Städtebaus nicht gewahrt (Nr. 5) oder sonst die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder gestört werden (Nr. 6). Die **Allgemeinwohlgefährdung** ist unter **umfassender Abwägung** der betroffenen Interessen und Schutzgüter auf Basis der Umstände des Einzelfalls zu ermitteln.¹⁴⁵ Dabei sind nicht nur Art und Beschaffenheit der Sache zu berücksichtigen, sondern auch ihre Situationsgebundenheit wie Lage des Aufbewahrungsortes, Art und Weise der Aufbewahrung, Zweck und Zeit der Lagerung.¹⁴⁶ Die bloße Vermutung oder rein theoretische Möglichkeit einer Allgemeinwohlgefahr genügen nicht.¹⁴⁷ Von dem Abfall muss

Rn. 21. Enger NK-StGB/Ransiek § 326 Rn. 14 mit Bezug auch auf den künftigen Zweck; dagegen Henzler wistra 2002, 414 f.

138 Henzler wistra 2002, 415.

139 LG Stuttgart NStZ 2006, 292.

140 BGHSt 37, 21 (26 f.); MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 21; Rogall NStZ 1992, 364.

141 Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 2 f.; NK-StGB/Ransiek § 326 Rn. 16; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 79.

142 Vgl. dazu Kirchner/Jakielski JA 2000, 814 ff.; Franzheim/Pfohl UmwStrafR Rn. 328 ff.

143 OLG Celle NZV 1997, 405.

144 LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 54 ff.; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 22.

145 BGHSt 37, 333 (334); OLG Celle NZV 1997, 405; Busch/Iburg UmwStrafR S. 122.

146 OLG Zweibrücken NStZ 1991, 337; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 80; teils weiter MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 24.

147 MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 24; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 57.

vielmehr eine gegenwärtige Gefahr ausgehen, wobei an den Grad der Gefährdung umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je größer und folgenschwerer der drohende Schaden ist.¹⁴⁸ Im Beispiel des **Autowracks** etwa kann die objektive Abfalleigenschaft nicht nur mit der durch das Auslaufen von Öl, Benzin und anderen Flüssigkeiten entstehenden Gefahr der Verunreinigung von Boden und Gewässern begründet werden, sondern auch mit einer nicht unerheblichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes.¹⁴⁹

- 299 (c) **Gebotenheit der Entsorgung.** Dritte Voraussetzung für objektiven Abfall gem. § 3 IV KrWG ist, dass das Gefährdungspotential nur durch eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung oder gemeinwohlverträgliche Beseitigung nach den Vorschriften des KrWG ausgeschlossen werden kann. Vor allem diese Voraussetzung trägt dem Gewicht des Eingriffs in das Eigentumsrecht des Betroffenen durch die Qualifizierung als Zwangsabfall Rechnung. Die Maßnahmen der Abfallentsorgung müssen **ultima ratio** zur Behebung oder Verhinderung der drohenden Gefährdung sein. Zwangsabfall liegt demnach nicht vor, soweit noch andere ernsthafte Möglichkeiten des Schadensausschlusses bestehen. Bloße Behauptungen oder Versprechungen des Betroffenen über Möglichkeiten der privaten Weiterverwendung oder Verwertung können die Qualifizierung einer Sache als Zwangsabfall allerdings niemals ausschalten.¹⁵⁰

- 300 Als **Beispiele**¹⁵¹ für objektiven Abfall sind in der Rechtsprechung angesehen worden Pyrolyseöl,¹⁵² Recycling-Öl,¹⁵³ gelagerter Pferdemist,¹⁵⁴ gebrauchte Bahnschwellen,¹⁵⁵ Haus- und Sperrmüll eines »Messies«,¹⁵⁶ Klärschlamm.¹⁵⁷ Verneint wurde objektiver Abfall dagegen für Putenmist als anerkannter Dünger der Landwirtschaft.¹⁵⁸

(3) Abgrenzung von Abfällen zur Verwertung und zur Beseitigung

- 301 Da § 326 Abfälle zur Beseitigung und zur Verwertung umfasst (→ Rn. 281), stellt sich die Problematik der **Abgrenzung**. Die Frage ist **praxisrelevant**, weil beide Abfallarten sich hinsichtlich der jeweiligen tatbestandlichen Verwaltungsakzessorietät in Abs. 1 (»außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage« etc.) und Abs. 2 (»ohne die erforderliche Genehmigung« etc.) zum Teil deutlich unterscheiden (→ Rn. 314 und → Rn. 321).¹⁵⁹ Nach dem Abfallrecht sind Abfälle entweder Abfälle zur Beseitigung oder Abfälle zur Verwertung (§ 3 I 2 KrWG). Das KrWG hat in Umsetzung von Art. 3 Nr. 19 AbfRRL¹⁶⁰ eine Legaldefinition des **Begriffs der Beseitigung** eingeführt. Danach ist Beseitigung jedes Verfahren, das keine Verwertung ist, auch wenn das Verfahren zur Nebenfolge hat, dass Stoffe oder Energie zurückgewonnen werden

148 OVG Lüneburg NuR 2003, 565 und dazu *Schall* NStZ-RR 2005, 99; LG Stuttgart NStZ-RR 2000, 20; BayObLG ZfW 1993, 238 f.

149 *Busch/Iburg* UmwStrafR 122.

150 LK-StGB/*Steindorf* § 326 Rn. 63; *Busch/Iburg* UmwStrafR 123.

151 Rechtsprechungsübersicht bei *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 100 ff.

152 BGHSt 37, 333 (334 f.).

153 OVG Hamburg NuR 2004, 463; *Schall* NStZ-RR 2005, 99 f.

154 BayObLG NStZ-RR 2002, 76; aA bei Nutzung als Dünger OLG Zweibrücken NStZ 1991, 336 f. m. krit. Anm. *Sack*. Näher *Krell* NuR 2009, 330 f. Siehe im Übrigen dazu den für das Strafrecht unerheblichen (→ Rn. 279) Anwendungsausschluss in § 2 II Nr. 4 KrWG für tierische Fäkalien.

155 OVG Lüneburg NuR 2003, 565; *Schall* NStZ-RR 2005, 99.

156 LG Frankfurt NZM 2005, 680; *Schall* NStZ-RR 2006, 294.

157 BVerwG NVwZ 2007, 338; *Schall* NStZ-RR 2008, 102 f.

158 OLG Celle NStZ-RR 1998, 208.

159 Schönke/Schröder/*Heine* § 326 Rn. 2 b; *Schall* NStZ-RR 2005, 97 und NStZ-RR 2008, 101 f.

160 AbfRRL 2008/98/EG, ABl. EU 2008 L 312, 10.

(§ 3 XXVI 1 KrWG). Da diese Regelung die Beseitigung in negativer Abgrenzung zur Verwertung definiert, ist die Abgrenzung vom Verwertungs-begriff her (§ 3 XXIII KrWG) mit seinen Unterbegriffen Vorbereitung zur Wiederverwendung (§ 3 XXIV KrWG), Recycling (§ 3 XXV KrWG) und sonstige Verwertung (§ 6 I Nr. 4 KrWG) vorzunehmen (zu diesen Begriffen bereits → Rn. 282 f.). **Leitend** für die Annahme von Verwertung ist allein das Vorhandensein einer **Substitutionswirkung** des Entsorgungsverfahrens. Unerheblich sind umweltbezogene Aspekte wie die Schädlichkeit des Abfalls oder der Umstand der Vermischung. Ferner kann der Substitutionseffekt auch außerhalb der entsorgenden Anlage eintreten. Beispiel ist die Auskoppelung von Fernwärme einer Müllverbrennungsanlage in ein Fernwärmenetz.¹⁶¹ Die Abgrenzung wird erleichtert durch die nicht abschließende **Auflistung** (vgl. § 3 XXIII 2 KrWG) von **Beseitigungsverfahren** in **Anlage 1** (zB Ablagerung in oder auf dem Boden, Verpressung, Einleitung in ein Gewässer oder Verbrennung an Land) und **Verwertungsverfahren** in **Anlage 2**. Wie § 3 XXIII 1 KrWG klarstellt, genügt die Rückgewinnung von Stoffen und Energie als Nebenfolge eines Verfahrens nicht, um dieses Verfahren als Verwertungsverfahren zu qualifizieren.¹⁶² In diesem Gesamt-rahmen bleibt auch die bisherige **Rechtsprechung** erheblich. So schließt der **Widmungszweck** einer Abfallbeseitigungsanlage Abfallverwertung nicht aus.¹⁶³ Bei **mehrstufigen Verarbeitungsverfahren** beurteilt sich die Einstufung anhand des ersten Vorgangs.¹⁶⁴

c) Gefährlichkeit des Abfalls

Anders als das Abfallordnungswidrigkeitenrecht (→ Rn. 266 und → Rn. 317) krimina- 302
lisiert Abs. 1 gemäß dem ultima-ratio-Charakter des Umweltstrafrechts nur den un-
zulässigen Umgang mit besonders qualifizierten, **gefährlichen Abfällen** iSd Nr. 1–4,
die besonders geeignet sind – auch erst durch ihre Menge (Abs. 6; → Rn. 315) –,
schädliche Umwelteinwirkungen iSv §§ 3 IV, 15 II KrWG hervorzurufen.¹⁶⁵

aa) Gifte oder Erreger von übertragbaren gemeingefährlichen Krankheiten, Nr. 1

Nr. 1 betrifft solche Abfälle, die Gifte oder Erreger von auf Menschen oder Tiere 303
übertragbaren gemeingefährlichen Krankheiten enthalten oder hervorbringen kön-
nen. **Gift** meint jeden Stoff, der nach seiner Beschaffenheit und Menge geeignet ist,
unter bestimmten Bedingungen durch chemische oder chemisch-physikalische Ein-
wirkung Gesundheit und Leben von Menschen zu zerstören, also zumindest wesent-
liche körperliche Fähigkeiten und Funktionen in erheblichem Umfang aufzuheben,¹⁶⁶
zB Cyanid.¹⁶⁷ Gift, das nur auf Tiere und Pflanzen wirkt, genügt ebenso wenig¹⁶⁸ wie

161 BT-Drs. 17/6052, 74.

162 BT-Drs. 17/6052, 75.

163 BVerwG AbfallR 2007, 143; *Schall* NStZ-RR 2008, 102.

164 EuGH EuZW 2003, 631.

165 BT-Drs. 8/2382, 17 unter Bezugnahme unter anderem auf § 2 I AbfG aF.

166 BT-Drs. 8/2382, 17 unter Bezug unter anderem auf § 229 aF und unter Ablehnung eines wei-
tergehenden Begriffsverständnisses. Der erweiterte Giftbegriff in § 224 I Nr. 1 gilt damit nicht für
§ 326 I Nr. 1; zutreffend NK-StGB/*Ransiek* § 326 Rn. 20 unter systematischem Rekurs auf § 326
I Nr. 2.

167 Vgl. LG Frankfurt NStZ 1983, 171.

168 MüKoStGB/*Alt* § 326 Rn. 29; Schönke/Schröder/*Heine* § 326 Rn. 4; LK-StGB/*Steindorf* § 326
Rn. 73; *Ohm* Der Giftbegriff 34 ff., 43. Zweifelnd *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 161;
enger *Möhrenschrager* NuR 1983, 218, der nur rein pflanzenschädliche Gifte ausnimmt.

ein Stoff, der erst aufgrund der besonderen persönlichen Konstitution einzelner Personen die Gifteignung erhält.¹⁶⁹ Der zur Beseitigung von Auslegungsschwierigkeiten durch das 2. UKG eingeführte Begriff der **übertragbaren gemeingefährlichen Krankheit** ist in Anlehnung an § 2 Nr. 3 IfSG (»übertragbare Krankheit«), wobei eine meldepflichtige Krankheit gem. § 6 IfSG eine gemeine Gefahr indiziert,¹⁷⁰ sowie § 10 TierSG iVm TierseuchAnzV auszulegen.¹⁷¹ Erfasst sind somit »alle Krankheiten, die unmittelbar oder mittelbar auf Menschen oder Tiere oder von Tieren auf Menschen und umgekehrt durch Krankheitserreger übertragen werden können«¹⁷² nebst Geschlechtskrankheiten und Aids.¹⁷³ Einbezogen sind auch Krankheiten, bei denen der Erreger durch Vermittlung von Pflanzen oder durch ein unbelebtes Agens zB Luft übertragen wird. Unerheblich ist, ob der Erreger von dem infizierten Menschen oder Tier weiterübertragen werden kann.¹⁷⁴ **Hervorbringen können** umfasst Abfälle, die erst im Kontakt mit Umweltmedien giftig werden.¹⁷⁵ Gefährlicher Abfall iSv Nr. 1 sind zB Krankenhausabfälle.¹⁷⁶

bb) Krebserregende, fortpflanzungsgefährdende oder erbgutverändernde Abfälle, Nr. 2

- 304 Die durch das 2. UKG eingeführte Nr. 2 soll Lücken von Nr. 1 insbesondere bei Nachweisschwierigkeiten zu einer chemischen oder chemisch-physikalischen Einwirkung schließen, um eine Privilegierung von Stoffen zu vermeiden, die Giften oder Krankheitserregern gleichstehen.¹⁷⁷ Die drei Merkmale sind in Anlehnung an den Begriff der »gefährlichen Stoffe« in § 3 a I Nr. 12–14 ChemG gewählt und unter Heranziehung von § 3 Nr. 12–14 der GefStoffVO auszulegen.¹⁷⁸ Stoffe sind danach **krebserzeugend**, wenn sie beim Einatmen, Verschlucken oder bei der Aufnahme über die Haut Krebs hervorrufen oder die Krebshäufigkeit erhöhen können (§ 3 Nr. 12 GefStoffVO);¹⁷⁹ **fortpflanzungsgefährdend**, wenn sie a) – auf demselben Wege – nicht vererbare Schäden der Nachkommenschaft hervorrufen oder deren Häufigkeit erhöhen (fruchtschädigend) oder b) eine Beeinträchtigung der männlichen oder weiblichen Fortpflanzungsfunktionen oder der Fortpflanzungsfähigkeit zur Folge haben können (fruchtbarkeitsgefährdend; § 3 Nr. 13 GefStoffVO);¹⁸⁰ und **erbgutverändernd**, wenn sie – wiederum auf demselben Wege – vererbare genetische Schäden zur Folge haben oder deren Häufigkeit erhöhen können (§ 4 I 2 Nr. 14 GefStoffVO).

169 LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 71; Franzheim/Pfuhl UmweltStrafR Rn. 266.

170 Kloepfer/Vierhaus UmwStrafR Rn. 129.

171 Vgl. Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 165; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 30. BT-Drs. 8/2382, 17 und 12/192, 20 beziehen sich noch auf die abgelösten BSeuchG und ViehSeuchG.

172 BT-Drs. 12/192, 20.

173 Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 4; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 165.

174 BT-Drs. 12/192, 20.

175 LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 78.

176 BT-Drs. 8/2382, 17.

177 Vgl. BT-Drs. 12/192, 20.

178 Vgl. BT-Drs. 12/192, 20; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 80; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 171 ff.

179 Zu Asbest Mackenthun/Jaeschke ZUR 2003, 408; Küchenbauer NJW 1997, 2009.

180 Der Gesetzgeber hat im Hinblick auf § 3 a I Nr. 13 ChemG den Begriff »fruchtschädigend« durch den Begriff »fortpflanzungsgefährdend« ersetzt, um entsprechend der neuen EG-Definition auch Wirkungen im Sinne der Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit zu erfassen und damit § 326 und ChemG wieder aneinander anzupassen (BT-Drs. 17/5391, 5 (17) unter Bezug unter anderem auf BT-Drs. 12/7136, 31).

cc) Explosionsgefährliche, selbstentzündliche oder radioaktive Abfälle, Nr. 3

Die gefährlichen Abfälle der Nr. 3 sind entsprechend vergleichbaren verwaltungsrechtlichen Regelungen auszulegen.¹⁸¹ **Explosionsgefährlich** sind Abfälle, wenn sie in festem, flüssigem, pastenförmigem oder gelatinösem Zustand auch ohne Beteiligung von Luftsauerstoff exotherm und unter schneller Entwicklung von Gasen reagieren können und unter festgelegten Prüfungsbedingungen detonieren, schnell deflagrieren oder beim Erhitzen unter teilweisem Einschluss explodieren (vgl. § 3 Nr. 1 GefStoffVO, § 3 a Abs. 1 Nr. 1 ChemG). **Selbstentzündlich** ist ein Abfall, der deshalb besonders brennbar und daher (feuer-)gefährlich ist, weil er unter den von der Natur gegebenen Bedingungen ohne besondere Zündung sich erhitzen und schließlich entzünden kann (vgl. § 3 Nr. 3, 4 a, d GefStoffVO).¹⁸² Der Begriff des nicht nur geringfügig **radioaktiven Abfalls** ergibt sich aus § 2 I AtomG und umfasst kernbrennstoffhaltige sowie sonstige radioaktive Stoffe (→ Rn. 470 und 471) enthaltene Abfälle.¹⁸³ 305

dd) Besonders umweltgefährdende Abfälle, Nr. 4

In der Praxis von großer Bedeutung ist § 326 I Nr. 4, der als **Eignungsdelikt** (→ Rn. 269 und → Rn. 55 ff.) **zwei Alternativen** umfasst: Abfälle, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge geeignet sind, (a) nachhaltig ein Umweltmedium (Gewässer, Luft oder Boden) zu verunreinigen oder sonst nachhaltig zu verändern oder (b) einen Bestand von Tieren oder Pflanzen zu gefährden. Während die Nr. 1–4 a vor allem die für Menschen gefährlichen Abfälle erfassen, soll die durch das 2. UKG eingeführte Nr. 4 b den Umweltschutz im Bereich der sonstigen belebten Natur verbessern.¹⁸⁴ **Tatgegenstand** der Nr. 4 sind »die sogenannten **Sonderabfälle**«. Dabei bezieht Nr. 4 nur Abfälle ein, »die für die Umwelt besonders gefährlich sind, nicht jedoch alle Abfälle, die generell geeignet sind, eines der genannten Schutzgüter zu gefährden«. ¹⁸⁵ Abfall gem. Nr. 4 ist daher zwar nicht gleichbedeutend mit dem gefährlichen Abfall iSv § 48 KrWG iVm der **Abfallverzeichnis-VO**, doch bilden die dort aufgelisteten gefährlichen Abfälle ein nicht abschließendes **Indiz** für strafrechtlichen Sonderabfall.¹⁸⁶ 306

Die **Gefährdungseignung** des Abfalls kann sich alternativ ergeben aus seiner **Art** als generell, »durch und durch« umweltgefährdende Materie, ohne Rücksicht auf die Quantität; aus einer **Beschaffenheit** als Träger besonders umweltgefährdender Stoffe, wobei allein der konkrete Schadstoffgehalt maßgeblich ist; oder aus seiner **Menge** als schiere Quantität.¹⁸⁷ Nr. 4 erfasst damit auch in geringer Menge ungefährlichen Abfall, bei dem sich die Gefahr für die Umwelt erst aus der großen Menge ergibt.¹⁸⁸ **Nur** die drei alternativen Kriterien, nicht andere Umstände bilden die Basis für die Umweltgefährdungseignung des Abfalls. Insoweit genügt die nach diesen konkreten 307

181 BT-Drs. 8/2382, 18; vgl. auch Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 5.

182 Vgl. BT-Drs. 8/2382, 18; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 84.

183 BT-Drs. 8/2382, 18.

184 BT-Drs. 12/192, 20.

185 BT-Drs. 8/3633, 29.

186 Vgl. BT-Drs. 8/2382, 18; 8/3633, 29; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 6; Fischer § 326 Rn. 5; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 86 f.

187 Vgl. BT-Drs. 8/2382, 18; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 90; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 33.

188 BGHSt 34, 211 (212); Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 189.

Umständen (Art, Beschaffenheit, Menge) zu beurteilende **generelle Möglichkeit**, die genannten Umweltgüter zu gefährden.¹⁸⁹ Es braucht weder eine konkrete Gefährdung der Umweltgüter noch erst recht ein tatsächlicher Schadenseintritt, bei dem Eignung freilich stets gegeben ist,¹⁹⁰ festgestellt werden. Andererseits wollte der **Gesetzgeber** durch die Aufteilung der Stoffe nach gefährdeten Bereichen eine **einschränkende Auslegung** erzielen: Der Abfall muss wenigstens geeignet sein, in dem Bereich, in den er gelangt ist, ein Schutzgut zu gefährden. Deshalb scheidet eine Kriminalisierung unabhängig von Abs. 6 auch dann aus, wenn ein nur im Wasser gefährlicher Abfall in der Landschaft gelagert wird und eine Gefährdung von Gewässern oder Menschen etwa aufgrund der besonderen Bodenbeschaffenheit ausgeschlossen ist (str.).¹⁹¹ Unabhängig davon muss die (grundsätzlich abstrakte) Eignung durch einen naturwissenschaftlich hinreichend abgesicherten Erfahrungssatz nachgewiesen werden,¹⁹² wobei Grenzwertüberschreitungen von zulässigen Schadstoffkonzentrationen als Richtschnur dienen können.¹⁹³

- 308 Das Erfordernis der Eignung zur nachhaltigen Verunreinigung bzw. **sonst nachteiligen Veränderung** eines **Gewässers** (→ Rn. 342 ff.), der **Luft** (→ Rn. 395) – wobei angesichts des abweichenden Wortlauts auch die Eignung zur Verursachung erheblicher Belästigungen genügt¹⁹⁴ – oder des **Bodens** (→ Rn. 370) gibt in **Nr. 4 a** den Maßstab für die **Schwere** der Umweltgefährdung. Mit dem Bezug auf Gewässer wird die Gefährdung von Ufer oder Gewässerbett durch Abfälle erfasst. Damit ist eine Verbindung zwischen wasser- und bodengefährdenden Stoffen hergestellt. Die Einbeziehung des Bodens dient seinem umfassenden Schutz.¹⁹⁵ Die Umweltmedien sind auch im **Ausland** geschützt (→ Rn. 270). Das Merkmal der **Nachhaltigkeit** hat ein temporales und ein quantitatives Element. Zu erwartende vorübergehende Schadenswirkungen genügen ebenso wenig wie ganz geringe Mengen. Erforderlich sind länger dauernde Gefahren von einer gewissen Intensität.¹⁹⁶ Die bloße Eignung zur Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes genügt nicht.¹⁹⁷ Bei der Gefährdungseignung in **Nr. 4 b** ist unter **Bestand** von **Tieren** oder **Pflanzen** in Anlehnung an § 39 PflSchG eine Tier- oder Pflanzenpopulation in einem bestimmten Gebiet zu verstehen. Diese Erweiterung erfasst auch den Fall, dass mit Krankheitserregern verseuchter Abfall einen Pflanzenbestand schädigen kann.¹⁹⁸

189 BGHSt 36, 381 (385); OLG Schleswig NuR 1990, 93.

190 SK-StGB/Horn EL 51 (2001) § 326 Rn. 14.

191 BT-Drs. 8/2382, 18; wie hier: *Lackner/Kühl* § 326 Rn. 6; *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 196; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 93; *Franzheim/Pfohl* UmwStrafR Rn. 274; noch enger *Rogall* NSTZ 1992, 561 f. Die Einschränkung abl. BayObLG NJW 1989, 1290; SK-StGB/Horn EL 51 (2001) § 326 Rn. 14; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 8; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 34. Weitere Nachw. bei *Henzler* NSTZ 2006, 293 f.

192 SK-StGB/Horn EL 51 (2001) § 326 Rn. 14; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 34. Zur Kumulation → Rn. 235 ff.

193 *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 195; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 8.

194 OLG Zweibrücken NSTZ 1986, 411 m. Anm. *Sack*: Beeinträchtigung der Atmungsorgane durch Hustenreiz; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 7; *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 193.

195 BT-Drs. 8/2382, 18.

196 Vgl. AG Lübeck NJW 1991, 1125 f.; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 88; SK-StGB/Horn EL 51 (2001) § 326 Rn. 13.

197 *Sack* UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 193; NK-StGB/Ransiek § 326 Rn. 25.

198 BT-Drs. 12/192, 20; näher Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 7 a.

Beispiele¹⁹⁹ für besonders umweltgefährdenden Abfall iSv Nr. 4 sind: die bei einem Schlachtbetrieb anfallenden Abwässer;²⁰⁰ Elektroschrott, der die in § 5 ElektroG aufgeführten gefährlichen Stoffe enthält;²⁰¹ Hausmüll in großer Menge,²⁰² jedoch nicht »normaler« Hausmüll;²⁰³ Klärschlamm;²⁰⁴ Mistsickersaft;²⁰⁵ PCB-belastete Schredderrückstände.²⁰⁶ 309

d) Tathandlungen

Die Tathandlungen des Abs. 1 sind **in Umsetzung von Art. 3 lit. b der Umweltstrafrechts-Richtlinie**²⁰⁷ durch das 45. StrÄndG²⁰⁸ erheblich umgestaltet und erweitert worden.²⁰⁹ Strafbar sind nunmehr das Sammeln, Befördern, Behandeln, Verwerten, Lagern, Ablagern, Ablassen, Beseitigen, Handeln, Makeln oder Sonst-Bewirtschaften von gefährlichen Abfällen. **Neu aufgenommen** sind das Sammeln,²¹⁰ (innerstaatliche) Befördern, Handeln, Makeln oder Sonst-Bewirtschaften. Mit der expliziten Nennung der Tathandlung des Verwertens erledigt hat sich die frühere Schwierigkeit, der Einbeziehung der Abfälle zur Verwertung durch das 6. StrRG Rechnung tragen zu müssen (→ Rn. 281).²¹¹ Durch die Neuregelung hat der Gesetzgeber die Tathandlungen des § 326 I den Begriffsdefinitionen der **europäischen Abfallrichtlinie**²¹² angepasst,²¹³ wie sie durch das neue KrWG in § 3 umgesetzt worden sind.²¹⁴ Das gilt insbesondere für den neuen Oberbegriff und Auffangtatbestand des Sonst-Bewirtschaftens (näher → Rn. 312). Insoweit wird man der Neuregelung den **Zweck** zuschreiben dürfen, möglichst **alle Formen** des Umgangs mit gefährlichen Abfällen zu erfassen, die den Abfall entgegen den **vorgeschriebenen Verfahren** in einer die **Rechtsgüter** des § 326 gefährdenden Weise **bewirtschaften**. Das bedeutet im Einzelnen:

Sammeln umfasst gemäß Art. 3 Nr. 10 AbfRRL,²¹⁵ § 3 XV KrWG das Einsammeln 311 von Abfällen, einschließlich ihrer vorläufigen Sortierung und vorläufigen Lagerung zum Zwecke der Beförderung zu einer Abfallbehandlungsanlage.²¹⁶ Obwohl der Be-

199 Weitere Rechtsprechungsübersichten bei Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 242; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 69, 96; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 57 ff.

200 BGH NStZ 1997, 189.

201 MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 63.

202 BGHSt 34, 211 (213 f.) m. zust. Anm. Schmoller JR 1987, 473; LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 86.

203 So BT-Drs. 8/3633, 29; offengelassen in BGHSt 34, 211 (214).

204 OLG Stuttgart NStZ 1991, 590.

205 BayObLG NStZ-RR 2002, 76; BayObLGSt 2000, 143; Franzheim/Pfohl UmwStrafR Rn. 344 ff.; näher Krell NuR 2009, 331.

206 BGHSt 34, 219 (221 ff.).

207 ABl. EU 2008 L 328, 30.

208 BGBl. I 2011, 2257.

209 BT-Drs. 17/5391, 17 f.

210 Unrichtig BT-Drs. 17/5391, 17, wo es heißt, dass das Sammeln bereits nach geltendem Recht erfasst ist. Vgl. dagegen BT-Drs. 8/2382, 18; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 42; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 10 a; LK-StGB/Steindorf, § 326 Rn. 97; SSW-StGB/Saliger § 326 Rn. 32.

211 Vgl. für die weite Auffassung zum alten Recht OLG Düsseldorf wistra 1994, 76; OLG Oldenburg NuR 2000, 409; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 39; Franzheim/Pfohl UmwStrafR Rn. 282; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 10; Heine NJW 1998, 3669 f.; Kloepfer/Vierhaus UmwStrafR Rn. 133 a; Fischer § 326 Rn. 7 d; vgl. auch NK-StGB/Ransiek § 326 Rn. 8, 27 ff. Schon damals enger Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 98: Erfassung nur des Zuführens von Abfällen zur Verwertung. AA all jene, die § 326 auf Abfälle zur Beseitigung beschränken wollten, siehe Nachw. in Rn. 281.

212 Vgl. AbfRRL 2008/98/EG, ABl. EU 2008 L 312, 9 f.

213 BT-Drs. 17/5391, 18.

214 Vgl. BT-Drs. 17/6052, 10 ff., 71 ff.

215 AbfRRL 2008/98/EG, ABl. EU 2008 L 312, 9.

216 BT-Drs. 17/6052, 11.

griff des Sammlers in § 3 X KrWG auf die gewerbliche oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen, das heißt aus Anlass einer anderweitigen, nicht auf die Abfallsammlung gerichteten gewerblichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit, erfolgende Abfallsammlung beschränkt ist,²¹⁷ dürfte eine entsprechende Eingrenzung des strafrechtlichen Sammelbegriffs aus Gründen des Rechtsgüterschutzes nicht geboten sein. Deshalb unterfällt dem Sammeln neben der getrennten Sammlung²¹⁸ als Unterfall des Sammlungs-begriffs²¹⁹ und der gewerblichen Sammlung²²⁰ auch die gemeinnützige Sammlung.²²¹ **Befördern** von Abfall meint in Abgrenzung zu § 326 II allein die rechtswidrige innerstaatliche Beförderung.²²² Der Begriff dürfte in Anlehnung an den gleichlautenden Begriff in § 328 III Nr. 2 und damit an § 2 II GGBefG auszulegen sein (näher → Rn. 486). Aus dem Begriff des Beförderers in § 3 Nr. 11 KrWG ergibt sich, dass Befördern allein die gewerbsmäßige oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen erfolgende Tätigkeit markiert.²²³ **Behandeln** bezeichnet jede qualitative oder quantitative Veränderung von Abfällen wie Aufbereiten, Zerkleinern, Kompostieren, Entgiften,²²⁴ Verdichten, Entwässern, Vermischen,²²⁵ Ausschachten²²⁶ oder thermische Behandlung.²²⁷ **Verwerten** ist in Ablösung von den bisherigen Unterbegriffen der stofflichen und energetischen Verwertung (vgl. § 4 III, IV KrW-/AbfG) im Sinne von Art. 3 Nr. 15 AbfRRL 2008/98/EG und § 3 XXIII KrWG neu zu verstehen und umfasst die Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und die sonstige Verwertung (näher → Rn. 282 f.). Die zur Klarstellung beibehaltene²²⁸ Tathandlung des **Lagerens** meint jede vorübergehende Aufbewahrung, insbesondere die Zwischenlagerung unabhängig davon, ob der Abfall endgültig beseitigt wird oder nach Entsorgung ganz oder zum Teil dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt,²²⁹ also verwertet oder wiederverwertet wird.²³⁰ Da § 326 **kein Dauerdelikt** ist,²³¹ ist auch das Umlagern erfasst, selbst wenn die Zwischenlagerung keine Gefahrsteigerung bewirkt.²³² **Ablagern** ist gegeben, wenn die Abfälle mit dem Ziel niedergelegt werden, sich ihrer auf Dauer zu entledigen.²³³ **Ablassen** meint jegliches Ausfließen, ohne Rücksicht auf seine Ursache.²³⁴

217 Vgl. BT-Drs. 17/6052, 10, 72 f.

218 Definiert in Art. 3 Nr. 11 AbfRRL 2008/98/EG, ABl. EU 2008 L 312, 10 und § 3 XVI KrWG BT-Drs. 17/6052, 11, 73.

219 BT-Drs. 17/6052, 73.

220 Dazu die Begriffsbestimmung in § 3 XVIII KrWG BT-Drs. 17/6052, 11, 74.

221 Definiert in § 3 XVII KrWG BT-Drs. 17/6052, 11, 73 f.

222 Zu den Gründen gegen ihre Gleichstellung mit der grenzüberschreitenden Abfallverbringung nach § 326 II, wie sie noch in BR-Drs. 399/05, 1 vorgeschlagen worden war, siehe BT-Drs. 17/5391, 18.

223 BT-Drs. 17/6052, 10, 73.

224 BT-Drs. 8/2382, 18.

225 BGHSt 37, 21 (28).

226 LG Stuttgart NStZ 2006, 291 (292) m. zust. Anm. Henzler 293.

227 MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 40; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 207; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 10 a; Franzheim/Pfohl UmwStrafR Rn. 282.

228 Vgl. BT-Drs. 17/5391, 25 und 29.

229 BGHSt 37, 333 (337).

230 Vgl. Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 208; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 41; Schönke/Schröder/Heine § 326 Rn. 10 a. AA LK-StGB/Steindorf § 326 Rn. 100 f. und noch BT-Drs. 8/2382, 18.

231 BGHSt 36, 255 (257); auch oben → Rn. 278.

232 Vgl. BGH StV 1994, 426 (427); Fischer § 326 Rn. 7 a; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 209; MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 43.

233 BT-Drs. 8/2382, 18; BayObLGSt 2000, 143; näher MüKoStGB/Alt § 326 Rn. 44; Sack UmwStrafR EL 32 (2008) § 326 Rn. 210.

234 BT-Drs. 8/2382, 18.